

Der Kampf

XX 964



Flugzeitung für die revolutionäre Betriebsorganisation

Nr. 1

Redaktion: Bremen, Wiedstraße 42.
Expedition: Bremen, Wiedstraße 42.
Schriftleitung: Heinrich Gerland, Bremen.
Alle Sendungen sind zu richten an Fr. Braune,
Bremen, Wiedstraße 42.

Donnerstag, 1. Januar 1920

Erscheint in der Regel wöchentlich. An Mitglieder der Betriebsorganisation wird die Zeitung kostenlos abgegeben. Für Nichtabonnenten Preis der Nummer 20 Pfg. Anzeigen: Die sechsgepaaltene Beitzelle 48 Pfg. u. 20% Feuerungszuschlag.

2. Jahrg.

Das Proletariat soll den Kapitalismus retten.

Die Bergarbeiter im Ruhrrevier stellen neue Forderungen an das „sozialisierte“ Zechenkapital. Sie fordern die Einführung der Sechsstundenschicht und eine Beschäftigungsbeihilfe, um die notwendigsten Kleidungs- und Wohnungsbedürfnisse zu decken. Sie sind nicht gewillt, für den Kapitalismus, selbst wenn er sich in einer Kohlenkrise befindet, ihre Haut mehr zu Markte zu tragen, wie sie durch die Verhältnisse unbedingt gezwungen werden. Ausschlaggebend hierfür ist das Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Ein Teil der bürgerlichen Presse erhebt ob der neuen Forderungen der Bergarbeiter ein wütendes Geheul. Landesverräterisches Verhalten, Faulheit, Unversorenheit der Bergarbeiter usw., so klingt es aus diesem Blätterwald. Arbeitszwang wird gefordert. Die demokratische und die sozialdemokratische Presse dagegen gehen auf Gimpelfang. Die Frankfurter Zeitung z. B. kanzelt die schimpfende rechtsstehende Presse ab und erklärt, daß im Gegenteil eine Steigerung der Arbeitslust festzustellen wäre. Zu den Forderungen der Bergarbeiter erklärt sie aber ebenso kategorisch wie die übrige bürgerliche Presse: „Es darf jetzt nicht zu neuen Arbeitseinstellungen, es kann auch im Augenblick nicht zu einer neuen Arbeitszeitverkürzung im Bergbau kommen.“ Ja, erklärt sie später sogar, „da wir mehr Kohle fördern müssen als bisher, dürfen wir die Arbeitszeit im Augenblick nicht verkürzen, sondern müssen sie jetzt erhöhen.“ Die Sozialdemokraten hauen in dieselbe Kerbe. Neben der nationalen Phrase malen sie den Bergarbeitern, damit diese auf den kapitalistischen Leim eingehen, ein graufiges Bild des kommenden wirtschaftlichen Zusammenbruches. Die Verhältnisse in Österreich werden dabei als abschreckendes Beispiel benutzt. Der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft, für den eine Steigerung der Kohlenproduktion mit die wichtigste Voraussetzung sei, wird immer wieder als der einzigste Rettungsweg bezeichnet.

Aber es ist das Verhängnis des Kapitalismus, daß er zu seiner Rettung seinen ärgsten Feind, das Proletariat, bedarf. Die Bourgeoisie versucht das Proletariat für diese Rettung, die wirtschaftlicher Wiederaufbau genannt wird, in verschiedenster Weise zu zwingen oder zu gewinnen. Brutalste Gewalt, und allerhand Lockmittel werden angewandt, um das Proletariat die für die Rettung des Kapitalismus notwendige Steigerung der Ausbeutung aufzuzwingen. Das Unternehmertum sabotiert die Produktion und sperrt die Arbeiter aus, um sie durch Hunger mürbe zu machen. Alle Hilfsmittel des Staates und der bürgerlichen Organisationen sind in Tätigkeit, und ihre wichtigsten Helfershelfer sind die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften. Die neue Bewegung der Bergarbeiter ist aus der Masse der Bergarbeiter herausgewachsen, und schon ist der Bergarbeiterverband dabei, der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es wird gemeldet, daß die Bergarbeiterverbände den mit dem Zechenkapital im Oktober abgeschlossenen Lohntarif gekündigt haben. Ganz offenbar hat dies den Zweck, die Bergarbeiterbewegung durch ein Tschelmechtel der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften und des Zechenkapitals, abzuwürgen.

Aber es ist das Verhängnis des Kapitalismus, daß er zu seiner Rettung seinen ärgsten gesellschaftlichen Feind, das Proletariat, gewinnen muß und bei jeder Rettungsmaßnahme, in die das Kapital das Proletariat hineinlockt oder hineinzwängt, kommt dem Proletariat durch die notwendige Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung immer mehr seine Feindseligkeit gegen den Kapitalismus zum Bewußtsein. An den wachsenden Klassenbewußtsein

des Proletariats und der wachsenden Erkenntnis der Kampfmethoden in der Feindschaft gegen das Kapital werden alle Gewalt und Intrigen zerschellen. Es wird von dem gegenwärtigen Umfange der Revolutionierung der Bergarbeiter abhängen, ob sie gegenüber dem Zuckerbrot und der Peitsche, die Bürgertum, Sozialdemokratie und Gewerkschaften ihnen jetzt anbieten, den einzig Erfolg versprechenden Weg zur Durchsetzung ihrer Forderungen, einen wuchtigen und geschlossenen Massenstreik gegen den jetzt noch darniederliegenden Kapitalismus eröffnen.

Die Ursachen der Kohlennot.

Wie wenig die Bergarbeiterschaft die Ursache der Kohlennot ist, und wie sehr sie auf der Hut sein muß, sich von dem heuchlerischen Geschrei der Kapitalisten und Sozialdemokraten nach einer Steigerung der Kohlenproduktion nicht einsangen zu lassen, zeigen die Angaben eines Herrn Hans Krämer in einer Sitzung des Zentralausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Herr machte die Mitteilung, daß die Eisenbahn jetzt mit 90% ihrer Anforderungen beliefert werde, aber nur 38 — 40% ihrer früheren Leistungen biete. Fast 39000 Tonnen Kohle erhalte die Eisenbahn jeden Tag und könne doch keine Kohlen anhäufen. Die zwar gelieferte aber nicht vorhandene Kohle gehe auf dem Wege von der Zeche verloren. Durch die kolossale Korruption, sowohl bei den höheren Beamten der Zechen wie der Eisenbahn, ist es möglich, daß große Mengen von Kohlen an inländische und besonders wegen der hierfür günstigen Valuta an ausländische Kapitalisten zu hohen Preisen verschoben werden.

Wir sind also der Lösung des Rätsels der Kohlennot bereits erheblich näher gerückt. Die Arbeitsunlust der Bergarbeiter war nicht minder ein Schwindel wie die Arbeitsunlust der Eisenbahnarbeiter. Die Kohle ist da, nur gelangt sie nicht dorthin, wo sie am dringendsten gebraucht wird, sondern zu dem, der am besten zahlt. Die von Krämer geforderte Bekämpfung der Korruption wird wenig fruchten, denn sie ist nur Rehrseite und Folge der Tatsache, daß die Unternehmer den Teufel nach den wohlervogenen Plänen der Behörden fragen, vielmehr ohne Bedenken die volkswirtschaftlichen Rücksichten dem Profit opfern. Nur die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion und die Verteilung der Produkte kann hier Wandel schaffen und dafür sorgen, daß an die Stelle der die Wirtschaft sabotierenden Verschwendung wertvollen Materials plätmäßige Verwendung tritt. Erst wenn sich die Arbeiter die Kontrollmacht über die Produktion erobert haben, ist eine Gewähr dafür gegeben, daß die zweckmäßige Verteilung der Arbeitskraft zur wirtschaftlichen Gesundung führt. Solange der Unternehmerschaft die ausschließliche Verfügungsgewalt anheimgegeben ist, wird umso mehr Kohle unproduktiv verschwendet werden, je mehr gefördert wird. Die Pläne der Arbeitsgemeinschaft und der von ihr jetzt auch propagierte Arbeitszwang würde also nur zu verschärfter Lahmlegung der Produktion und der Verteilung führen.

Man sieht aus diesem Geständnisse, daß die arbeitsfriedliche Politik der scheinsozialistischen Gewerkschaftsbürokraten dem wirtschaftlichen Aufbau nicht dient, sondern im Gegenteil, ihn verhindern hilft. Nicht Gemeinschaft mit, sondern nur ein Kampf gegen die Unternehmerschaft um die Macht über die Produktion ist Voraussetzung des wirtschaftlichen Aufbaues.

Die Bewegung unter den Eisenbahnern.

I.

K. B. Bis zur Novemberrevolution gehörten die Eisenbahner zu den politisch zurückgebliebensten Schichten des deutschen Proletariats. Jede politische und gewerkschaftliche Betätigung oder auch nur Orientierung war ihnen von Staatswegen bei Gefahr der sofortigen Entlassung verboten. Streik galt als Landesverrat. Um das Auskommen jeder die Massen zusammenballenden Unzufriedenheit, die Mutter proletarischer Aktionen, unmöglich zu machen, betrieb die Eisenbahnverwaltung durch einen ausgebauten und gut funktionierenden Apparat eine ausgedehnte Gestimmungsschnüffelei sowohl bei den einzustellenden wie bei den schon angestellten Arbeitern und Beamten. Bei den Beamten schaffte man sich durch das Militärämteramt und durch ihre soziale Abgeschlossenheit vom Proletariat als pensionsberechtigte Staatsbeamte einen staatsstreuen Kern. Bei der Einstellung von Arbeitern wurde stark gesiebt. Kapitalfrömmigkeit, Mitgliedschaft bei Kriegervereinen und ähnlichen Vereinigungen waren die besten Empfehlungen. Der Weltkrieg, der große Zerseher, zertraf auch diese Zuchtstätte kapitalistischen Helotentums. Die Eisenbahner mußten in starkem Maße mit in den Krieg. Neue Arbeitermassen drangen in den Betrieb ein, die nicht wie früher gesiebt werden konnten. Auch unter der Beamtschaft griffen durch die Lebensmittelnot und Teuerung Bestechlichkeit und Diebstahl um sich. Schließlich gab die Regierung in Anbetracht der vaterländischen Dienste dem Drängen der Gewerkschaftler und Sozialdemokraten nach und gab den Eisenbahnern eine gewerkschaftliche und sozialdemokratische Koalitionsfreiheit. Aber es war eine Koalitionsfreiheit ohne Streikrecht, auf das die Legion und Genossen ausgesprochenemmaßen keinen Wert legten. Die Gewerkschaftsbürokratie wollte nur eine gewerkschaftliche Organisation, ohne sie als Kampfswaffe aufzubauen. Alles dies im Eisenbahnbetrieb wäre für den Kapitalismus noch nicht so schlimm geworden und hätte wieder eingelenkt werden können, wenn es der Bourgeoisie gelungen wäre, den Krieg ohne Revolution zu beenden. Es kam anders und auch die Eisenbahner wurden bei der allgemeinen Revolutionierung des deutschen Proletariats erfaßt.

II.

Nach den geschilderten früheren Verhältnissen im Eisenbahnbetrieb glauben viele, es sei eine aussichtslose Kraftanwendung, die Eisenbahner mit revolutionärer Propaganda zu belegen oder zu versuchen, sie für revolutionäre Organisationen zu gewinnen. Das ist eine ganz verkehrte Auffassung. Der zusammengebrochene Kapitalismus kann den Eisenbahnern ebensowenig wie dem übrigen Proletariat für die Zukunft das notwendigste Existenzminimum sichern. Das Weiterbestehen des Kapitalismus ist nur möglich bei gesteigerter Ausbeutung des Proletariats, die auch die qualifizierten Arbeiter, die sogenannte Arbeiteraristokratie, bedrohen und daher in revolutionäre Bewegung bringen. Die kleinen und mittleren Eisenbahnbeamten gehören heute ihrer gesellschaftlichen Lage nach zu dem vom Kapitalismus groß gezüchteten Arbeiteraristokratie. Für sie trifft also das eben Gesagte zu. Die große Masse der Eisenbahnarbeiter gehört zu dem schlechtest bezahlten Proletariat. Die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für ihre Revolutionierung sind die gleichen wie für das gesamte Proletariat.

Das Argument, daß die Eisenbahner vor der Novemberrevolution nicht die Schule der sozialdemokratischen Organisation und Propaganda durchgemacht haben, ist kein Argument gegen die Möglichkeit ihrer Revolutionierung. Im Gegenteil, die Tatsache, daß die Eisenbahner weniger mit den scheinrevolutionären sozialdemokratischen Phrasen versetzt sind, sondern mehr mit den ganz kraß als gegenrevolutionär in Erscheinung tretenden rein bürgerlichen Josen bearbeitet wurden, macht sie heute den kommunistischen Gedankengängen zugänglicher. Die Eisenbahner waren neben den Bergarbeitern die ersten, die nach der Novemberrevolution in großen Massenstreiks gegen ihren Unternehmer, den kapitalistischen Staat, auftraten.

Dabei verlagten die Gewerkschaften als Kampforganisation des Proletariats vollständig. Der deutsche Eisenbahnerverband wurde zur wichtigsten Antistreitwaffe in der Hand der Regierung. Die praktischen Erfahrungen, die die Eisenbahner in diesen Kämpfen machten, die hauptsächlich von den Arbeitern in den Betriebswerkstätten geführt wurden, brachten sie mit als erste zur Schaffung einer revolutionären wirtschaftlichen Kampforganisation, der Betriebsorganisation der Eisenbahner. Die zugespitzte politische und ökonomische Situation wird auch die Eisenbahner in neue Massenkämpfe führen, ihre Revolutionierung wird fortschreiten und sie werden ohne Zweifel mit an der Spitze der proletarischen Revolution marschieren.

III.

Die Betriebsorganisation der Eisenbahner ist ein legitimes Kind des revolutionären Klassenkampfes und daher im heutigen Deutschland halb legal, halb illegal. Sie wurde gleich nach ihrem Entstehen natürlich aufs schärfste verfolgt vom deutschen Eisenbahnerverband, der hierbei die nachdrücklichste Unterstützung des Eisenbahnministeriums hatte. Schon bei der Auszahlung der im Sommer bewilligten Steuerzuschläge wurden allerhand Schikanen gegen die Unionisten angewandt. Jetzt haben die christliche und die freie Eisenbahnergewerkschaft mit der Regierung einen neuen Tarif abgeschlossen, der am 15. Dezember in Kraft getreten ist. Dieser Tarif soll nach dem Willen der Gewerkschaftsböden das Todesurteil für die Betriebsorganisation der Eisenbahner sein. Er enthält nämlich Bestimmungen, die alle Eisenbahnarbeiter zwingen, Mitglied einer Eisenbahnergewerkschaft zu sein. Dieses Beispiel zeigt in krasser Weise, wie tief die Freien Gewerkschaften heute gesunken sind. Sie nehmen gegenüber dem heute wie früher kapitalistischen Eisenbahnministerium die Stellung ein, die vor der Novemberrevolution gelbe Unterstützungsvereine und wirtschaftliche Vereinigungen mit Verzicht auf Streikrecht inne hatten.

Dieser Ansturm der gegenrevolutionären Meute wäre für die Betriebsorganisation der Eisenbahner weniger gefährlich, wenn diese innerlich gefestigter dastände, wie sie es in Wirklichkeit tut. Die Zentralleitung der Eisenbahnerbetriebsorganisationen wurde von der Zentrale der R. P. D. inspiriert, deren schwankende Haltung in der Gewerkschaftsfrage bekannt ist. Es war in Wirklichkeit keine Leitung, sondern ein Hin- und Herpendeln, je nachdem, ob die Zentrale der R. P. D. günstiger für die Betriebsorganisation oder für die Erhaltung und Revolutionierung der Gewerkschaften gestimmt war. Nachdem man sich dort in den letzten Wochen für die letztere Parole festgelegt hat, trat man sich in der Zentrale der Eisenbahner mit dem Gedanken der Auflösung der Organisation. Am 5. Dezember erschien dann auch ein Rundschreiben dieser Zentralleitung an die einzelnen Betriebsorganisationen, in dem diesen die Auflösung, der Eintritt in den Eisenbahnerverband und die Bildung von kommunistischen Fraktionen in dieser Gewerkschaft empfohlen wird.

IV.

Die Eisenbahner spielen im revolutionären Klassenkampf eine äußerst wichtige Rolle. Wirtschaftliche Massenkämpfe der Eisenbahner erschüttern den Kapitalismus in der plötzlichen und schärfsten Weise. In politischen Massenkämpfen spielt die Stilllegung des Eisenbahnverkehrs eine ausschlaggebende Rolle. In revolutionären Kämpfen ist es von großer Bedeutung, daß die revolutionären Eisenbahner den Verkehr für gegenrevolutionäre Truppen stilllegen. Will daher die Allgemeine Arbeiterunion eine Bedeutung als organisatorische Basis der wirtschaftlichen Massenkämpfe gewinnen, dann muß sie unbedingt unter den Eisenbahnern Fuß fassen und den Boden beackern.

Der auflösenden Tätigkeit der bisherigen Zentrale der Eisenbahnerbetriebsorganisationen muß sofort und energisch entgegengetreten werden. Der neue Eisenbahntarif, mit dem die Gewerkschaftsböden innerhalb und außerhalb der Regierung glauben, der Betriebsorganisation den Todesstoß versetzt zu haben, kann und darf auf keinen Fall die selbstmörderische Auflösung der Betriebsorganisationen zur Folge haben. Der Selbstmord darf weder durch das Rundschreiben einer Zentrale vollzogen werden, noch durch ein unkluges Verhalten der einzelnen Betriebsorganisationen in der durch den neuen Tarif veränderten Situation. Daß die revolutionären Eisenbahner gewillt sind, der Aufforderung zur Auflösung der Betriebsorganisation nicht Folge zu leisten, beweisen die Zuschriften aus verschiedenen Orten. Sie werden jedoch nur existieren und wirken können, wenn sie sich taktisch der augenblicklichen Situation gewachsen zeigen. Diese Situation erfordert, daß sie die Parole: Heraus aus den Gewerkschaften! aufgibt und es den Mitgliedern der Eisenbahnerunion freistellen, sich dem Eisenbahnerverband anzuschließen. Befolgt man die entgegengesetzte Taktik des obligatorischen Boykotts des Eisenbahnerverbandes, dann wird es unter dem neuen Tarif über kurz oder lang dazu kommen, daß ein kleiner Kern der revolutionärsten Eisenbahner aufs Pflaster geworfen wird, während die große Masse, um nicht brotlos zu werden, gezwungenermaßen dem Eisenbahnerverband beitrifft.

Diese Taktik bedeutet auch nicht im geringsten eine Verminderung des Kampfes gegen den Eisenbahnerverband. Sie ermöglicht überhaupt erst die Lösung der Hauptaufgabe der Allgemeinen Arbeiterunion unter den Eisenbahnern: die Schaffung einer organisatorischen Basis für den revolutionären wirtschaftlichen Massenkampf.

Die Berechtigung von Lohnforderungen.

Die Revolution brachte vielen deutschen Arbeitern den Achtstundentag, einige sozialpolitische Erfolge und in den letzten Monaten sind in verschiedenen Industriezweigen nach und nach wesentliche Lohnsteigerungen zu verzeichnen. Vor allem trifft dies auf mit Rohstoffen versorgte Zweige der Exportindustrie zu. Diesen Lohnhöhungen gingen derart bedeutende Steigerungen des Lebensunterhalts voraus, daß sich die Lebenslage selbst der bestentlohnten Arbeiter weiter verschlechtert.

Trotzdem versucht die bürgerliche Presse täglich mit Hilfe zurechtgestutzter Statistiken über das Steigen des Nominallohnes Stimmung gegen die Lohnforderungen der Arbeiter zu machen. Diese Publikationen werden durch folgende Statistik Lügen gestraft.

Die englische Zivilbehörde hat an die Stadt Solingen die Aufforderung ergehen lassen, die notwendigen Ausgaben für den Lebensunterhalt festzustellen. Daraufhin hat das städtische Lebensmittelamt in Solingen unter Hinzuziehung von sieben Gewerkschaftsbeamten und drei Hausfrauen das Existenzminimum für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im Solinger Industriebezirk festgestellt, und die Kommission ist dabei einstimmig zu folgendem Ergebnis gekommen:

Zusammenstellung der wöchentlichen Haushaltskosten einer vierköpfigen Familie.

a) Rationierte Lebensmittel:

5 Pfd. Brot, 20 Pfd. je 41 S.	8.20 M
7 " Kartoffeln, 28 Pfd. je 14 S.	3.92 "
125 Gr. Frischfleisch, 1 Pfd. 600 S.	6.00 "
50 " Frischwurst, 200 Gr. 400 S.	1.60 "
125 " Speck, 1 Pfd. 1400 S.	14.00 "
250 " Pferdefleisch, 2 Pfd. je 400 S.	8.00 "
50 " Margarine, 200 Gr. 550 S.	2.20 "
100 " Auslandsfett, 400 Gr. 1500 S.	12.00 "
250 " Marmelade, 1000 Gr. 180 S.	3.60 "
150 " Zucker, 600 Gr. 65 S.	0.78 "
250 " Mehl, 1000 Gr. 210 S.	4.20 "
125 " Nährmittel, 500 Gr. 80 S.	0.80 "
	65.30 M

b) Freie Lebensmittel:

1/2 Liter Öl	8.75 M
1/2 Pfd. Kaffee	7.00 "
1 Pfd. Malzkaffee	2.00 "
Milch	10.00 "
1/2 Pfd. Mehl, 1000 Gr. je Pfd. 400 S.	8.00 "
Hülsenfrüchte, 1000 Gr. je Pfd. 350 S.	7.00 "
Gewürz, Zwiebel, Essig, Maggi	4.00 "
Gemüse	10.00 "
2 Stück Eier	4.00 "
2 1/2 Pfd. Fisch	7.50 "
4 Stück Heringe	3.60 "
Obst zum Kochen	6.00 "
	77.85 M

c) Verschiedene Ausgaben:

Seife und Seifenpulver	5.00 M
Pfuzmittel (Schuhcreme, Ofenpulv.)	1.50 "
Schrubber, Puchtluch, Bürsten, Feuerz.	3.00 "
Kohlen, 0,8 Zentner, je 6 M	5.20 "
Kochgas und Beleuchtung	5.00 "
Miete	10.00 "
Wohnungsunterhaltung	3.00 "
Steuern	5.00 "
Versicherungs- u. Gewerkschaftsbeiträge	5.00 "
Kleidung, Schuhe, Ergänzungen dazu	40.00 "
Erfag an Haus- und Küchengerät.	3.00 "
Genußmittel, Zeitungen, Bücher usw.	11.15 "
	96.85 M
Summa:	240.00 M

Diese Aufstellung stammt vom 4. November 1919. Nach ihr sind für die vierköpfige Normalfamilie wöchentlich 240 Mark, also monatlich 1040, jährlich 12480 Mark erforderlich. Dabei ist zweifellos noch manches in der Aufstellung zu niedrig angelegt, wie z. B. Kohlen, Miete und Steuern. Außerdem ist auch nur eine Familie von vier Köpfen zugrunde gelegt, während die deutsche Normalfamilie früher stets auf fünf Köpfe bemessen worden ist. Diese Aufstellung ist von unschätzbarem Wert für die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter im Solinger Industriebezirk.

Im besetzten Gebiet sind die Lebensmittelverhältnisse jetzt günstiger als im übrigen Deutschland, so daß hier eine Statistik noch höhere Ziffern ergeben würde. Wie viele Arbeiter, Angestellte und Beamte haben in Deutschland heute das Einkommen, das in Solingen als Existenzminimum festgestellt worden ist? Sicher nur ein verhältnismäßig kleiner Teil von ihnen.

Der Kampf gegen die Betriebsorganisation.

Die R. P. D.-Zentrale hat eine neue Schrift herausgegeben: „Rundschau für Gewerkschaftler“. In dem Einleitungsartikel schreibt ein Arthur Oswald über das Thema „Partei-Räte-system und Gewerkschaften“, und erklärt, daß jede dieser Organisationen in der gegenwärtigen Zeit notwendig sei. Er stellt fest, daß die Partei und das Räte-system Zukunftsaufgaben zu verrichten hätten, indem sie „dem Leben des Kopf- und Handarbeiters einen ganz neuen Inhalt geben“. Dagegen haben die Gewerkschaften mehr den augenblicklichen Verhältnissen zu dienen. Dabei — so meint der Verfasser — vergessen die Gewerkschaften die Befreiung des Proletariats. Das soll nun durch die „Rundschau für Gewerkschaftler“ abgeändert werden. „Bekämpfung der Arbeitsgemeinschaft“, das wird die erste Aufgabe dieser Zeitung sein.

Nachdem der Artikelschreiber festgestellt hat, daß die Macht des Proletariats in den Betrieben liegt, nachdem er die kommunistische Parteibetriebsorganisation und das Räte-system in gebührender Weise hervorgehoben hat, spricht er über die Aufgaben der Gewerkschaften. Er zeigt, daß die Gewerkschaften schon deshalb notwendig seien, weil sich viele Berufsgruppen über ganze Industrien erstrecken. Ein „neues Argument“ ist aber wohl folgendes: „Übernimmt das Proletariat die Warenproduktion, so muß es auch für die dauernde Verbesserung der Produktionsmittel, für die Güte der erzeugten Produkte sorgen, was ja zweifellos berufliche Aufgaben sind.“

Da wir in der nächsten Nummer in einem besonderen Artikel über die Partei und das Räte-system sprechen wollen, werden wir heute auf die Darlegungen des Arthur Oswald, soweit sie sich auf diese zwei Punkte beziehen, nicht eingehen. Wir halten uns dies Mal nur an die beruflichen Aufgaben der Gewerkschaften.

Jedem Beobachter des Wirtschaftslebens wird es heute klar sein, daß der Kapitalismus spritzend darauf bedacht war und ist, durch eine möglichst Verwebung und Verkettung der Berufe eine einheitliche und ineinanderfließende Produktionsweise herzustellen. Gerade dadurch, daß der einzelne Arbeiter nur einen kleinen Teil des Berufes ausfüllt, daß er sich voll und ganz auf diesen einstellt, gerade dadurch hat er es in der Teilarbeit zu einer vollendeten Höhe gebracht. Diese Leistungen wurden durch die immer sich gewaltiger entwickelnde Technik derartig gesteigert, daß in dem letzten Jahrzehnt die berufliche Vorbildung immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde. Mit Hilfe eines gewissen Stabes technischer Kräfte war es dem Kapitalismus leicht, eine ganze Armee ungelerner Kräfte zu leiten. Und so ist es nicht verwunderlich, daß wir heute in den Großbetrieben einen Schneider, Kaufmann, Buchbinder, kurz alle möglichen Berufe an Drehbänken oder sonstwo beschäftigt finden, wo ursprünglich nur der gelernte Arbeiter tätig war. Mit anderen Worten: Die technische Entwicklung in Gemeinschaft mit der fortgesetzten ökonomischen Weiterentwicklung verlangen von dem einzelnen Arbeiter eine Vielseitigkeit. Der Kapitalist, der aus den einzelnen Menschen den möglichst größten Nutzen heraus schlagen will, läßt vermittlems eines ausgeklügelten Systems den einzelnen Arbeiter durch verschiedene Branchen gehen, bis er auf dem Posten angelangt ist, wo seine Arbeitskraft den größten Nutzen für den Kapitalisten abwirft. (Taylor-system) Von einem beruflichen Interesse schlechthin kann also in einem hochentwickelten kapitalistischen Staate nicht gesprochen werden.

Aber nicht alle Arbeiter sind in den Großbetrieben beschäftigt; wir haben sehr viele Mittel- und Kleinbetriebe. Es gibt Berufe, wo an die Entwicklung zum Großbetrieb nicht zu denken ist. Diejenigen Berufe, die eben immer handwerksmäßig bleiben werden, verlangen zweifellos speziell geschulte Kräfte. Erhalten diese Arbeiter aber die Schulung in den Gewerkschaften? Die frühere Tätigkeit der Gewerkschaften in dieser Hinsicht soll absolut nicht verkannt werden, aber dabei gilt es auch zu beachten, daß die Gewerkschaften dem Kapitalismus eine Aufgabe abgenommen haben, die er in seinem eigenen Interesse in Angriff hätte nehmen müssen. Die berufliche Fortbildung wird die Aufgabe des Erziehungswesens sein, wo in schulartigen Zusammenkünften eine zwangweise Durchbildung durch die besten Fachleute erfolgen muß. Ob dann diese Fachlehrer eine besondere Gewerkschaft bedürfen, wollen wir gerne dem Urteil unserer Leser überlassen.

Die Freunde der Gewerkschaftsbewegung, zu denen auch Arthur Oswald gehört, lassen sich bei ihren Argumentationen zuviel von dem Beispiele Rußlands und Ungarns leiten. In Rußland kann man nicht von einem industriell entwickelten Proletariat reden. Und gerade das Fehlen der durchgebildeten Industriearbeiter zwingt die russische Regierung, die Form der Gewerkschaften beizubehalten, um vermittlems dieses beruflichen Zusammenschlusses die erwachsene Arbeiterschaft notdürftig weiterzubilden. Ganz abgesehen soll davon werden, daß die Gewerkschaften in Rußland eine ganz andere Rolle spielen als bei uns in Deutschland. Die

russische Räterepublik kann sich nicht nur auf die Partei als Machtfaktor stützen. Es liegt in ihrem Interesse, auch diejenigen Arbeiter für ihre Ziele zu gewinnen, die politisch nicht mit ihr konform gehen. Als Bindeglied dienen hier die Gewerkschaften.

Wenn dann Arthur Osward als berufliche Aufgabe für die Zukunft den Unfallschutz usw. noch betrachtet wissen will, so ist auch das ein Fehlschluß. Der Arbeiterschutz kann ebensogut betrieblich geregelt werden, zumalen die industrielle Zusammenfassung auch von seiten der Betriebsorganisation durchaus nicht abgelehnt wird.

Über Arthur Osward kann auch ganz vernünftige Schlüsse ziehen, die er dann, um recht zu behalten, gewaltsam zum Unstimm umbiegt. Er schreibt: „Das Proletariat schafft sich für die Durchsetzung seiner Ziele die entsprechenden Organisationsformen!“ Ganz richtig! Warum aber dann das Gezer gegen die Betriebsorganisation. Etwa nur deshalb, weil in Chemnitz und einigen anderen Orten nicht jeder revolutionäre Arbeiter für die Betriebsorganisation zu haben ist? Wenn rückständige Kreise noch an den konterrevolutionären Gewerkschaften festhalten wollen, so schafft sich eben das revolutionäre Proletariat der vorwärtsgeschrittenen Kreise die Organisation, die es zur Durchsetzung seiner Ziele braucht, und das ist eben die revolutionäre Betriebsorganisation. Von dieser Erkenntnis werden immer größere Massen erfaßt, so daß das Spötteln dem Gegner bald vergehen wird.

Wenn aber Arthur Osward den Unionisten vorwirft, daß ihnen „die Organisationsform alles sei“, daß ihr Bestreben einer „zweiten Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie“ darstelle, so ist das ein Beweis, daß der Artikelschreiber ein ganz verbissener Gewerkschaftler ist, der sich nicht die Mühe genommen hat, in das Wesen der Betriebsorganisation einzudringen.

„Und wenn sich diese Konfusion zudem noch „revolutionäre Betriebsorganisation“ nennt, so kann dies nur komisch wirken, denn ein wahrer Revolutionär muß sich in erster Linie über seine Grundsätze und Ziele klar sein!“ Wir sind auch der Meinung, daß sich ein wahrer Revolutionär in erster Linie über seine Grundsätze und Ziele klar sein muß. Arthur Osward ist Kommunist, zweifellos hält er sich für einen „wahren Revolutionär.“ Und als solcher ist er sich „in erster Linie über seine Grundsätze und Ziele klar“, nämlich: Einmal begreift er das Wesen der Betriebsorganisation nicht, also ist sie für ihn grundsätzlich konfus. Zum andern hat nach Osward ein „wahrer Revolutionär“ die Aufgabe, den konterrevolutionären Sumpf der Gewerkschaften trocken zu legen. Das geschieht nach Osward am besten, wenn man Bretter über den Sumpf legt. Wohl ist die Gefahr des Versinkens groß, aber man riskiert es halt einmal, denn man hat doch „Grundsätze“ und ein „revolutionäres Ziel“. Wir aber bleiben so „konfus“ und halten es mit dem Arthur Osward, der in einem lichten Moment die Wahrheit sagte: „Das Proletariat schafft sich für die Durchsetzung seiner Ziele die entsprechende Organisationsform“. Und das ist, so fügen wir hinzu, die revolutionäre Betriebsorganisation.

Die Geschichte der Arbeitsgemeinschaften in Deutschland.

Die Taktik der Gewerkschaften war schon in Vorkriegszeiten vornehmlich auf den Abschluß von Kompromissen mit den Unternehmern eingerichtet. Daraus entsprang bei ihnen eine große Scheu vor wirtschaftlichen Kämpfen, so daß sie eifrig bemüht war, Einrichtungen zu schaffen, die Streitigkeiten mit den Kapitalisten, wenn nicht unmöglich, so doch wenigstens so selten wie möglich machten. Zu diesen Mitteln gehörten die Versuche, Organe zu schaffen, die bei Konfliktgefahr eingriffen und den Abschluß von Kompromissen fördern sollten. Da die Unternehmer die weitaus Stärkeren sind, und ein Kompromiß mit einem Stärkeren immer nur eine verhüllte Sklaverei ist, bedeuteten die Bestrebungen nach dem „sozialen Frieden“ nichts weiter als den Versuch, die Arbeiterschaft gefesselt dem Kapital auszuliefern. Diese Bemühungen hatten in der Vorkriegszeit verhältnismäßig geringen Erfolg, anders wurde es jedoch im Kriege. Gewerkschaften und Sozialdemokratie verbanden sich mit den kapitalistischen Verbänden, um wohlgeschmiedete Fesseln um den Leib des revolutionären Proletariats zu legen und jede Regung des Klassenkampfes im Keime zu ersticken. Das wichtigste Instrument, das diesen Erfolg herbeiführen soll, sind die Arbeitsgemeinschaften. Sie sind Organisationen, die in echt sozialverräterischem Sinne Ausbeuter und Ausgebeutete einträchtig zusammenfassen und dadurch jeden Kampf gegen das Kapital unmöglich machen sollen. Die Arbeitsgemeinschaften sind in Deutschland bereits ein vielmalschichtiges Netz, dessen Gefahr von der Arbeiterschaft nicht unterschätzt werden darf. Es ist deshalb notwendig, daß sich das Proletariat die Waffe, die von Kapitalisten und Gewerkschaften geschmiedet wird, näher ansieht. Wir bieten zu diesem Zwecke im Folgenden eine Darstellung, die ein Bürgerlicher im „Reichsarbeitsblatt“ gibt:

Die Arbeitsgemeinschaften sind erst während des Krieges entstanden. Die durch den Ausbruch des Krieges hervorgerufene Notlage vieler Gewerbe, die sich in Absatzstockungen, Rohstoffmangel und Arbeitslosigkeit äußerte, führte Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu der Erkenntnis, daß es gemeinsames Interesse aller Berufsangehörigen sei, den gewerblichen Notständen durch Hand-in-Handarbeiten zu begegnen. Es ist verständlich, daß sich diese Einsicht am frühesten in den tariflich gebundenen Gewerben, die in ihren Tarifkommissionen bereits paritätische Einrichtungen besaßen und eine langjährige Verständigungspraxis hinter sich hatten, in die Tat umsetzte. So entstanden zuerst in den tariflich gut geregelten handwerksmäßigen Gewerben, wie dem Holzgewerbe, dem Bau- und dem Malergewerbe, dem Steinseger- und dem Tapezierergewerbe Arbeitsgemeinschaften als organische Fortsetzung der Tarifgemeinschaften. Ihr Arbeitsgebiet ging wesentlich über den Aufgabenkreis der Tarifgemeinschaften hinaus. Es erstreckte sich nicht nur auf die Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern hatte die Sicherung und Hebung des Gewerbes zum Gegenstande. Dies sollte vor allem durch Fühlungnahme mit den maßgebenden Behörden und sonstigen Auftraggebern zur Erlangung von Aufträgen und Rohstoffen, durch gleichmäßige Verteilung der Arbeit, durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und durch vernünftige Preis- und Lohnpolitik erreicht werden.

Als sich nach den ersten Kriegsmonaten die Industrie den neuen Aufgaben angepaßt hatte und die Arbeitslosigkeit in ihr Gegenteil umzuschlagen begann, sank das Interesse an den Arbeitsgemeinschaften und man wandte sich von den weitgesteckten Zielen ab und vornehmlich den begrenzten Aufgaben der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten zu. Die meisten der im Laufe des Krieges noch gegründeten Arbeitsgemeinschaften verfolgten daher zunächst nur das Ziel, durch Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, durch Ausbildung für andere Berufsarten und Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten in Lohn- und Gehaltsfragen die Lage der Kriegsbeschädigten zu bessern.

Je mehr man aber im Verlaufe des Krieges einsah, wie schwierig der Übergang zum Frieden in jedem Falle sein würde, desto mehr festigte sich bei den Beteiligten die Überzeugung, daß die Gemeinschaftsarbeit auf breiter Grundlage auch in den Frieden übernommen und zu einer dauernden Einrichtung gestaltet werden müßte. Die Vorbedingung hierfür, das Zusammengehen der verschiedenen Organisationsrichtungen auf seiten der Arbeitnehmerorganisationen andererseits, war geschaffen. Auf der einen Seite hatten sich bereits in der ersten Mobilisierungswoche der „Zentralverband deutscher Industrieller“ und der „Bund der Industriellen“ in dem „Kriegsaussschuß der deutschen Industrie“ zusammengeschlossen und am 25. Oktober 1916 zusammen mit dem „Berein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ den „Deutschen Industrierrat“ gegründet. Auf der anderen Seite hatte die Gemeinschaftsarbeit, zu der sich bei Beginn des Krieges die drei großen Gewerkschaftsrichtungen (die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, der „Generalverband der christlichen Gewerkschaften“ und der „Verband der deutschen Gewerksvereine“) und die verschiedenen Gruppen der Angestelltenverbände zusammengeschlossen hatten, immer größere Fortschritte gemacht. Durch die paritätischen Kommissionen des Hilfsdienstgesetzes wurden die Unternehmer mit den Vertretern der Arbeitnehmer in großem Umfang zusammengeführt und der gegenseitigen Annäherung die Wege geebnet. Im Dezember 1917 kam es zur Fühlungnahme zwischen führenden Gewerkschaftern und Arbeitgebern, die eine zentrale Arbeitsgemeinschaft zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Gegenstande hatten.

Ende Oktober 1918 einigten sich die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmerverbänden über die künftige Gemeinschaftsarbeit. So kam es zu dem Abkommen vom 15. Oktober 1918. In diesem Abkommen war bestimmt, daß „zur Durchführung der Vereinbarungen von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein „Zentralaussschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau“ errichtet werden sollte. Dieser Zentralaussschuß sollte ferner über grundsätzliche Fragen, die sich namentlich bei der Kollektivregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergaben, sowie über Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betrafen, entscheiden. Seine Beschlüsse sollten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Kraft haben, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten würden.

In der vorläufigen Sitzung vom 4. Dezember 1918 wird der Aufbau dieses Organs genauer geregelt und ihm der Name „Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“ beigelegt.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft gliedert sich in 14 Reichsarbeitsgemeinschaften, die unter Zusammenfassung verwandter Industriezweige gebildet werden. Die Reichsarbeitsgemeinschaften sind folgende:

1. Reichsarbeitsgemeinschaft für die deutsche Eisen- und Metallindustrie,

2. Reichsarbeitsgemeinschaft der Nahrungs- und Genussmittelindustrie,
3. Reichsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe,
4. Reichsarbeitsgemeinschaft der Textilindustrie,
5. Reichsarbeitsgemeinschaft für Bergbau,
6. Reichsarbeitsgemeinschaft der Industrie der Steine und Erden,
7. Reichsarbeitsgemeinschaft des deutschen Holzgewerbes,
8. Reichsarbeitsgemeinschaft der Bekleidungsindustrie,
9. Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papiersach,
10. Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederindustrie,
11. Reichsarbeitsgemeinschaft für das Transportgewerbe,
12. Reichsarbeitsgemeinschaft für die Glas- und keramische Industrie,
13. Reichsarbeitsgemeinschaft für Chemie,
14. Reichsarbeitsgemeinschaft für Ole und Fette.

Die Aufgaben der Reichsarbeitsgemeinschaften bestehen in der selbständigen Regelung der ihre Industrie betreffenden Fragen. Die Organe der Zentralarbeitsgemeinschaft und ihrer Glieder werden paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet. Der Zentralvorstand setzt sich zusammen aus je 21 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Vertreter werden im Einverständnis mit den Reichsarbeitsgemeinschaften auf Arbeitgeberseite vom „Reichsverband der deutschen Industrie“ und der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“, auf Arbeitnehmerseite vom Vorstande des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, dem Vorstande des „Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, dem Vorstande des „Verbandes der Gewerksvereine (S.-D.)“ und den Angestelltenverbänden auf die Dauer von zwei Jahren bestimmt.

Der Ausbau der Reichsarbeitsgemeinschaften ist in vollem Gange. In der Eisen- und Metallindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, dem Baugewerbe, der Textilindustrie, dem Bergbau, der Industrie der Steine und Erden, dem Holzgewerbe, der Bekleidungsindustrie, der keramischen und der chemischen Industrie und in der Industrie der Ole und Fette haben sich die beteiligten Verbände bereits zu Reichsarbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen.

Der Wunsch der Handwerksorganisationen geht nach einer besonderen Gesamtarbeitsgemeinschaft unter Anschluß an die Zentralarbeitsgemeinschaft. Diese Bestrebungen haben durch die im Oktober erfolgte Gründung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, der die Wahrung der gemeinsamen Interessen des Handwerks bezweckt und eine gemeinschaftliche Arbeit mit den Arbeitnehmern des Handwerks herbeiführen will, einen besonderen Nachdruck erhalten.

Zwischen den führenden Arbeitgeberverbänden des Großhandels und des Einzelhandels wurde unter der Einwirkung des Novemberabkommens in der Industrie am 14. Dezember 1918 mit wichtigen Verbandsgruppen der Angestellten eine Vereinbarung geschlossen, die Richtlinien für die Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern sowie für die Entlassung von Ersatzkräften aufstellte und Anweisung für die zu schaffenden paritätischen Schlichtungs- und Prüfungsausschüsse gab. Außerdem wurde in gemeinsamer Rundgebung für den Abbau der Zwangsmaßnahmen der Kriegswirtschaft und die weitgehendste Aufrechterhaltung der Individualwirtschaft im Handel eingetreten.

In der Landwirtschaft bestehen zwar schon zahlreiche örtliche und bezirkliche Arbeitsgemeinschaften, eine Zentralarbeitsgemeinschaft aber ist infolge der eigenartigen organisatorischen Verhältnisse auf dem Lande erst im Werden begriffen.

Das kapitalistische Tollhaus.

Bianenschiffe als Brennholz. Aus Berlin wird gemeldet: Der Gedanke, Transportmittel, an denen wir wirklich keinen Überfluß haben, zu verbrennen, scheint einem ganz wahnsinnigen Gehirn entsprungen zu sein. Ist es doch Tatsache, daß bereits viele Schiffsahrtsunternehmer der märkischen Wasserstraßen infolge der hohen Reparaturkosten ihre Schiffe als Brennholz zer schlagen haben, womit sie einen hohen Preis erzielen. Es wurden daher in einer Versammlung zwischen den Reichsbehörden und dem Märkischen Schiffer-Betriebs-Verband staatliche Mittel gefordert und bewilligt, um die notwendigen Reparaturen durchzuführen.

Uns ist es zur Genüge bekannt, welchen Gehirnen solche Gedanken entspringen. Wenn wir diese als wahnwitzig bezeichnen würden, so müßten wir verlangen, daß die ganze Gesellschaft ins Narrenhaus geschickt würde. Dieser Wahnwitz ist der bürgerliche Staat, er ist tatsächlich ein einziges Irrenhaus. Wenn die Reichsbehörden auf Kosten des Proletariats den Schiffsahrtsunternehmern staatliche Mittel bewilligen zur Reparatur ihrer Fahrzeuge, dann sind sie noch weit wahnwitziger als die profitgierigen Schiffsbesitzer, denen sie damit die Möglichkeit geben ihre alten Kisten noch zu höheren Preisen an die englischen Kapitalisten zu verschachern. Wir leben tatsächlich in einem Zeitalter des Wahnwitzes, im Tollhaus Kapitalismus.

Bericht

von der Konferenz der Allgemeinen Arbeiter-Unionen Rheinland-Westfalen, am 21. 12. 1919.

Essen, den 24. 12. 1919.

Die verschiedenartigen Strömungen innerhalb der Arbeiter-Unionen Rheinland-Westfalen gaben die Veranlassung für die Einberufung einer Konferenz, die sich die Aufgabe stellte, Klärung zu schaffen. Auf der Düsseldorf-Konferenz, welche am 18. September 1919 stattfand, hatte als Endresultat die Einigung aller auf revolutionärem Boden stehenden Gewerkschaften ergeben. Diese Einigung war aber nur eine formelle und rein äußerliche. Das syndikalistische Programm wurde, abgesehen von kleinen zeitgemäßen Abänderungen, als Grundlage für die Einigung angenommen und diese vollzog sich unter dem Namen: „Freie Arbeiter-Union“. Der unhaltbare Zustand dieser Einigung machte sich sehr schnell dadurch bemerkbar, daß die Anhänger der Betriebsorganisation das syndikalistische Programm ablehnten. Um von Seiten der Betriebsorganisation zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen, wurde der Beschluß gefaßt, eine Konferenz für das Wirtschaftsgebiet Rheinland-Westfalen einzuberufen. Die Tagesordnung lautete: „Syndikalistische Fach- und Berufs-Föderation oder revolutionäre Betriebsorganisation?“ Erschienen waren 28 Delegierte, die 19 Ortsorganisationen vertraten. Unter den anwesenden Gästen war auch ein Vertreter Hamburgs zugegen. Im einleitenden Referat zeigte Genosse W. die Gegensätze zwischen syndikalistischer Organisationsform und -Taktik und derjenigen der revolutionären Betriebsorganisation. Er wies vor allen Dingen darauf hin, daß wir mit rein gewerkschaftlichen Kampfmitteln nicht auskommen. Unser Kampf muß in erster Linie auch mit politischen Zielen geführt werden. Dieser Klassenkampf könne nur von Erfolg gekrönt sein, wenn sich das Proletariat zentralistisch organisiert. Der föderative Zusammenschluß, wie er von Seiten der Syndikalisten propagiert wird, kann uns nicht zum Ziele führen. Gegenüber dem Kapitalismus, der in Syndikaten, Trusts und zuletzt im kapitalistischen Staate konzentriert und zentralisiert sei, müsse eine ebenfalls zentralistisch aufgebaute Kampforganisation des Proletariats stehen. Diese zentralisierte Organisationsform muß allerdings auf dem Boden des Vertrauensmänner-Systems, ähnlich wie die Räte, aufgebaut sein und es darf vor allen Dingen kein Bontentum, wie es sich in den alten Zentralverbänden eingeschlichen hat, gezüchtet werden. Nach diesen Ausführungen des Referenten ergriff der Hamburger Gast das Wort. Er wies im ganz Besonderen darauf hin, daß die Hamburger Mitgliedschaft in einer Resolution festgelegt hat, daß es niemals einen Zusammenschluß mit den Syndikalisten geben könnte. Das Zusammenwerfen von Programmen und Organisationsformen führe nur zu neuen unüberbrückbaren Gegensätzen. Eine Einigung sei nur möglich dadurch, daß Einzelmitglieder in die Betriebsorganisation eintreten; denn neben der Betriebsorganisation dürfe in den Betrieben keine Fachorganisation oder Föderation bestehen. Die dann folgende Diskussion bewegte sich im Rahmen des Referats. Von verschiedenen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß nach der scheinbaren Einigung in Düsseldorf sich überall die schärfsten Gegensätze bemerkbar machten. Der Kampf müsse geführt werden um den Sozialismus nach der Lehre von Karl Marx, durch Anwendung der Diktatur des Proletariats. Aber die Syndikalisten lehnten die Diktatur sowie die Marxistische Lehre ab. Um eine einheitliche Grundlage zu schaffen, wurde vorgeschlagen, die Bremer Richtlinien zu diskutieren und eventuell Abänderungsanträge zu fassen, welche der Reichskonferenz vorzulegen seien. Es wurde festgelegt, daß die Reichskonferenz von der Ortsgruppe Bremen einberufen werde. Die Stellungnahme der Allgemeinen Arbeiter-Union gegenüber den Syndikalisten oder auch „Freien Arbeiter-Union“, wurde durch nachfolgende Resolutionen festgelegt:

Resolution I. Die Konferenz lehnt die Düsseldorf-Einigung mit ihren föderativen Tendenzen ab.

Sie fordert alle Genossen auf, überall Betriebsorganisationen der Allgemeinen Arbeiter-Union zu gründen.

Resolution II. Die am 21. 12. in Essen versammelten Vertreter der Allgemeinen Arbeiter-Union Rheinlands und Westfalens lehnen ein Eingehen auf die syndikalistischen Grundsätze ab.

Sie erklären in der Zusammenarbeit mit der K. P. D. den einzig richtigen Weg, der im Klassenkampf zum Ziele führt.

Ferner stehen sie auf dem Standpunkt, daß die Allgemeine Arbeiter-Union die Arbeit einer revolutionären politischen Partei nicht überflüssig machen kann.

Die Vertreter halten die Bremer Richtlinien für einen diskutierbaren Vorschlag, um danach das Programm der Allgemeinen Arbeiter-Union aufzubauen.

Die Anwesenden machen es sich zur Pflicht, in ihren Betrieben Betriebsräte zu wählen und diese örtlich in Wirtschaftsgebiete zusammenzuschließen.

Bremen wird beauftragt, die geplante Reichskonferenz sofort einzuberufen und schlagen als Tagungsort Braunschweig oder Hannover vor.

Opfer der freigelben Gewerkschaftspolitik.

Bei der Munitionsexplosion in Mariensiel bei Wilhelmshaven wurden bis jetzt 37 Schwerverletzte und sehr viel Leichtverletzte festgestellt. Die Zahl der Toten beträgt ca. 50-60 Männer, Frauen und Kinder. Die genaue Anzahl der Toten wurde bis heute von den Behörden verschwiegen.

Die Ursache, die zu diesem Unglück führte, ist zweifellos die Arbeitsweise. Zuerst wurde in Lohn gearbeitet, dann wurde mit Hilfe von Gewerkschaftsangehörigen ein verdecktes Akkordsystem mit der Bezeichnung Prämienystem eingeführt. In den damaligen Verhandlungen zwischen dem Arbeiter-Ausschuß und der Werksleitung über das Lohnsystem erklärte der hinzugezogene Metallarbeiterverbandsvorsitzende Bäuerle, er könne hierzu nur in geheimer Sitzung Ausführungen machen. (Das schlechte Gewissen!) Diese fand dann auch statt, mit dem Erfolge der Einführung des Prämienystems. Die „Republik“, das sozialdemokratische Präzeptil in Wilhelmshaven, sagt dazu in Nr. 296: „Auch die hiesige Verwaltung des Metallarbeiterverbandes hat verschiedentlich Veranlassung genommen, immer wieder auf die Gefährlichkeit der Arbeit hinzuweisen und wenn sie dem Ersuchen der Firma, ein Prämienystem einführen zu dürfen, keinen Widerstand entgegengesetzt hat, so sind diese und die Arbeiter ausdrücklich gewarnt, nicht durch Treibereien das Leben der dort Beschäftigten in Gefahr zu bringen.“

Auf diese demagogische Art und Weise wollen sich die Gewerkschaftsbunzen aus der Schlinge ziehen. Sie sind nämlich bei dem Verrat der Arbeiterinteressen in den Verhandlungen mit dem Unternehmer sogar über die Gesetzesvorschriften hinausgegangen, die bestimmen, daß Munitionsarbeiten nicht im Akkord ausgeführt werden dürfen. Oder ist das Prämienystem vielleicht kein Anreizsystem? Die Gewerkschaftsbunzen versuchen, um ihren Verrat bei der Arbeitererschaft zu verdecken, den Arbeitern das Gegenteil plausibel zu machen. Die Erfahrungen auf dem Munitionsdepot Mariensiel haben in eklatanter Weise bewiesen, daß Prämienarbeit im buchstäblichen Sinne des Wortes Mordarbeit ist. Diejenigen Arbeiter, die bei dem Prämienystem nicht ein bestimmtes Pensum erreichen konnten, wurden sofort entlassen. Die Hamburger Firma, die die Verwertung der Granaten von der Regierung übernommen hatte, war in Wilhelmshaven zu einem berühmten Taubenschlag geworden. Das Gespenst des Entlassenwerdens und die Möglichkeit, viel Geld verdienen zu können, führten dazu, daß die Granaten mit unerlaubten Werkzeugen, z. B. Wetzstangen, Hammer, Meißel usw. bearbeitet wurden. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse sucht jetzt in schreibheiligen Weise die Schuld an dem Unglück den Arbeitern zuzuschreiben, die geraucht hätten. Auch das verbotene Rauchen ist eine Folge der mit dem Prämienystem verbundenen Würgerei. Die Arbeiter rauchten trotz der Gefahr, um ihre Nerven bei der übermäßigen Arbeit zu der nötigen Spannkraft aufzupeitschen.

Das Prämienystem ist die Ursache für die große Würgerei unter der Wilhelmshavener Arbeitererschaft. Die Gewerkschaftsstrategen vom Metallarbeiterverband sind neben dem Unternehmertum die Hauptschuldigen dabei.

Streik der Telegraphenarbeiter im ganzen Reiche?

Am 11. Dezember tagte eine außerordentliche Reichskonferenz der Telegraphen-Arbeiter in Dortmund, die durch den Verband deutscher Post- und Telegraphen-Arbeiter einberufen war. Die Tagung befaßte sich mit den Lohnforderungen, die der Verband im Ministerium geltend gemacht hat und die vom Ministerium abgelehnt sind. In einer im Anschluß an die Konferenz stattfindenden öffentlichen Versammlung erklärte der Verbandssekretär, die Arbeitererschaft sei es nunmehr leid, von der Behörde an der Nase herumgeführt zu werden. Bei den Lohnversammlungen im Sommer d. J. wären die Arbeitervertreter in gröblicher Weise von den Geheimräten im Ministerium getäuscht worden, und wenn Minister Giesberts sich jetzt bei der Ablehnung der Lohnforderungen hinter den Finanzminister verkrüchte, dann sei dazu zu sagen, daß die Arbeitererschaft in Anbetracht der gemachten Erfahrungen gezwungen sei, hierin wieder ein Manöver zu erblicken, mit dem sie getäuscht werden solle. Es besteht kein Vertrauen mehr zu den leitenden Männern im Ministerium. Die Konferenz beauftragte einen Ausschuß, auf dem Verhandlungswege nochmals zu versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Die Arbeitererschaft tritt in den Streik, wenn dieser letzte Versuch scheitert! Zum besseren Verständnis für diesen Beschluß möge die Bemerkung dienen, daß den Telegraphen-Arbeitern im Reiche der Ober-Postdirektion Düsseldorf Löhne von 10,40 bis zu 16,40 Mk. pro Tag einschl. Feuerungszulage (nach zehnjähriger Dienstzeit) gezahlt werden, wohingegen die Reichsregierung private Arbeitgeber zur Zahlung von ganz wesentlich höheren Löhnen zwingt. Dabei ist ausdrücklich festzustellen, daß die niedrige Bezahlung durch keinerlei sonstige Vergünstigungen wett-

gemacht wird. Pensionsberechtigung usw. kommt für die Telegraphenarbeiter nicht in Frage.

Die im Anschluß an die Generalversammlung stattgefundene öffentliche Versammlung der Telegraphenarbeiter erklärte sich mit den Beschlüssen der Verbandsabgeordneten einverstanden. Die Versammlung sieht in der hinhaltenden Stellung der Verwaltung nichts weiter wie ein Täuschungsmanöver, darauf berechnet, die Arbeitererschaft hinter Licht zu führen, wie es bei den Lohnverhandlungen im April, Mai und Juni d. J. geschehen ist. Das Vertrauen der Arbeitererschaft zu den maßgebenden Stellen ist restlos erschüttert. Die von der Verbandsleitung erhobenen Forderungen bezeichnet die Versammlung als das mindeste dessen, was der Arbeitererschaft innerhalb kürzester Zeit gewährt werden muß.

Wenn gesagt worden ist, ein Streik der Telegraphenarbeiter stelle ein Verbrechen dar, dann kann nicht außer Acht gelassen werden, daß es Sache der Verwaltung und Reichsregierung wäre, ein solches Verbrechen dadurch zu verhüten, daß den berechtigten Forderungen der Arbeitererschaft entsprochen wird. Beschließt das nicht, dann sind nicht die Arbeiter die Verbrecher, die sich aus Not veranlaßt sehen, den Streik als letztes Mittel anzuwenden. Die Verbrecher sitzen an anderen Stellen.

Aus den Organisationen „Freie Arbeiter-Union“ und „Allgemeine Arbeiter-Union“.

Am Sonntag, den 23. November, tagte in Duisburg die Pressekommission der „Freiheit“ — K. P. D. — Organ für Rheinland-Westfalen.

Genosse Wild — Redakteur der „Freiheit“ — erklärte, daß die für die Kommunisten ungünstigen Resultate der Verhandlungen mit den Syndikalisten im August, die zur Bildung der „Freien Arbeiter-Union“ mit ihren unklaren und verschwommenen Parolen führten, die Folge jener unklaren Parolen seien, die von der Zentrale der K. P. D. ausgegeben wurden. Die durch die „Zentrale“ verschuldete Unklarheit der Kommunisten einerseits, die von den Syndikalisten betriebene energische Propaganda andererseits führte dazu, daß die Einigung mit den Syndikalisten sich auf einer Grundlage vollzog, die den Grundsätzen des Kommunismus und der „Allgemeinen Arbeiter-Union“ direkt widerspricht. Der Genosse Wild empfahl die bestehende Veretnigung als bestehend anzuerkennen, aber alle Kraft einzusetzen, um in der Arbeitererschaft Klärung zu schaffen und so für die Ausmerzung alles dessen aus den Richtlinien der „Freien Arbeiter-Union“, was den kommunistischen Grundsätzen nicht entspricht, den Boden vorzubereiten.

Die Ausführungen des Genossen Wild wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der andere Redakteur der „Freiheit“ erklärte ebenfalls, daß alles aufgegeben werden müsse, um die Richtlinien der „Freien Arbeiter-Union“ umzusetzen.

Zu diesem Beschluß schreibt sehr richtig die Hamburger K. A. Z.:

Wir bemerken zu den Ausführungen des Genossen Wild, daß wir es für verkehrt halten, eine Vereinigung bestehen lassen, wenn sie infolge Unklarheit entstanden ist. Gerade weil durch das frühere Verhalten der Zentrale jene Irrtümer im Proletariat geschaffen wurden, gerade deshalb mußten wir sie korrigieren. Man schafft keine Einheit, um dann erst die Klärung hervorzurufen, sondern die Einheit bedingt Klärung von Anfang an. Und diese Klarheit ist gerade gegenüber den Syndikalisten geboten. Denn selbst, wenn die Einheit jetzt gewahrt bleiben würde, so fällt sie ohne weiteres auseinander, wenn Umformungen vorgenommen werden sollen. Wir glauben die Syndikalisten gut genug zu kennen, daß sie sich jeder Umformung widersetzen werden. Darum nicht morgen, sondern heute den Schnitt vollziehen.

Berichtigung.
In der vorigen Nummer des Kampf wurden irrtümlicherweise die Buchstaben K. B. vor den Artikel „Betriebsseinstellung als Klassenkampfmittel“ gesetzt. Sie gehören vor den Artikel „Grundsätzliches und Taktisches“. Die Redaktion.

Allgemeine Arbeiter-Union Ortsausschuß Bremen

- Einzelmitglieder aus den Kleinbetrieben wollen sich zwecks Aukunft und Entrichtung der Beiträge an einen der folgenden Genossen wenden:**
Altstadt: Fr. Unger, Stephanitorwallstr. 10
Sindorf-Vorstadt: Fuß, Ziegelstr. 7
Westl. Vorstadt: A. Morr, Blütenstr. 1
Streich, Scheffelstr. 7
Gröpelingen: D. Traupe, Glogauerstr. 26
H. Gerland, Pastorenweg 54
Walle: Conrad, Hufumerstr. 34
Dfetter: Werum, Bernhardstr. 7
Buntentor: Th. Cavier, Geschworenweg 150
Neustadt: Jul. Fey, Pappelstr. 76
Woltmershausen: Coors, Westerdeich 105
Hafstedt: Schenkemeier, Vahrer-Weg 33
Heinr. Brackert, Am schwarzen Meer 132
Grambke: Kränke, Hüftenstr. 66
Dfetherholz = Scharmbeck = Ritterhude:
Emil Wielinski, Scharmbeck.
Hemeligen: Schüg, Malerstr. 17.